

Die Höhe steht zur Disposition

Richtungswechsel bei der Debatte über den Narmada-Damm

von Praven Swami

Ein Faktum über den Sardar Sarovar Damm scheint den meisten Beobachtern entgangen zu sein: Im zentralen Bereich des Überlaufs der Staumauer wird nicht mehr gebaut. Seit zwei Monaten ist das 'Sardar Sarovar Construction Advisory Committee' (SSDAC), das zentrale Bau-Überwachungsorgan, unfähig, eine Entscheidung über die weitere Erhöhung des Überlaufs in der Staumauer von zur Zeit 80,3 Metern zu fällen. Der Grund: Der Oberste Gerichtshof hat nach Anhörung der Petition der 'Narmada Bachao Andolan' (NBA) die Struktur der Debatte um das 'Sardar Sarovar Project' (SSP) grundlegend geändert.

Der folgenreichste Faktor für diese veränderte Situation war die Entscheidung der Richterbank am 25. Januar: Die Richter verwiesen die Klärung der zentralen SSP-bezogenen Fragen an die - 1993 von der Zentralregierung eingesetzte - fünfköpfige Untersuchungskommission. Diese Kommission war seit ihrer Einsetzung immer wieder in ihrer Arbeit behindert worden.

Ihr Untersuchungsbericht führte jedoch zur "Beunruhigung" des Obersten Gerichts. Indem das Gericht explizit die Klärung der Themen Hydrologie, Dammhöhe, Umsiedlungen und Umweltauswirkungen an die Untersuchungsgruppe zurückverwies, ordnete es effektiv eine breite Untersuchung des SSP an. Alle Beteiligten, inklusive der Regierung Gujarats, haben ihre Stel-

lungnahmen der Untersuchungskommission zukommen lassen. Diese ist angewiesen, ihre Ergebnisse versiegelt dem Obersten Gericht bis zum 28. Februar vorzulegen. (Der Termin wurde mittlerweile auf den 17. April 1995 verschoben.)

Wieso ist es mit diesem Schritt gelungen, die offizielle Debatte über 'Sardar Sarovar' wieder zu eröffnen? Eine wichtige Rolle, so Experten, spielt dabei die Tatsache, daß zum ersten Mal die Ansprüche eines großen Entwicklungsprojektes in Indien dem Test der rechtlichen Angemessenheit ausgesetzt werden. Diese Gerichtsentscheidung, die Klärung der SSP bezogenen Fragen an die Untersuchungskommission zu verweisen, markiert eine dramatische Wende gegenüber der bisherigen Ignoranz des Staates zur Kritik an seinen Entwicklungsparadigmen. Darüberhinaus hat das Gericht deutlich gemacht, daß es die Dringlichkeit der Fragen sehr gut versteht: Nachdem der Vorsitzende der Untersuchungskommission aus gesundheitlichen Gründen von seinem Amt zurücktrat, verlangte das Gericht nicht etwa seine Ersetzung, sondern ordnete an, daß die übrigen vier Mitglieder die Arbeit fortsetzen sollten.

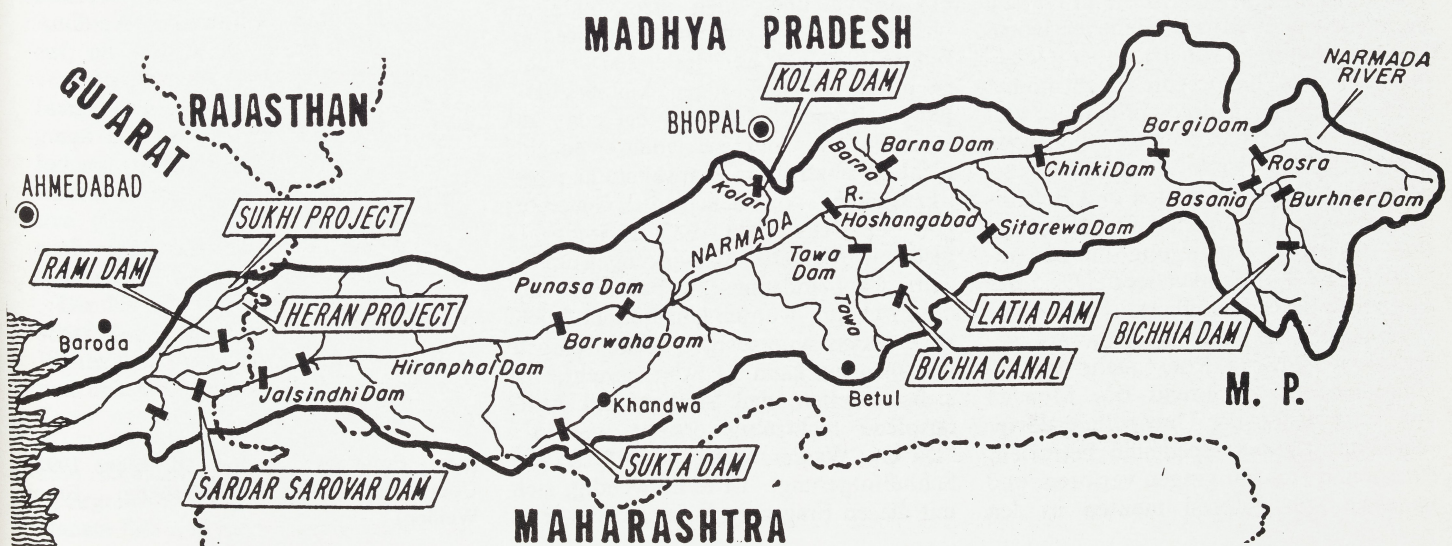
Das vielleicht signifikanteste Ergebnis des bereits vorliegenden Untersuchungsberichts ist die kategorische Position von Madhya Pradesh zu den hydrologischen Voraussetzungen des Projektes. In der

Stellungnahme dieses Bundesstaates gegenüber dem Obersten Gericht wird akzeptiert, daß es deutlich weniger Wasser im Narmada gibt, als die Projektplaner angesetzt haben. Kritiker haben schon lange darauf verwiesen, daß die 75 % an zuverlässigem jährlichen Wasserdurchfluß im Narmada, die das 'Narmada Water Disputes Tribunal' (NWDT), nach Hochrechnung der verfügbaren Niederschlagsdaen von 1891 bis 1947, mit 27 Millionen acre feet (maf) angesetzt hatte, übertrieben waren.

Entgegen diesen Schätzungen verweist Madhya Pradesh darauf, daß Messungen von 1948 bis 1988 nur eine Menge von 22,9 maf nachweisen. Deshalb ist Madhya Pradesh der Meinung, "daß die Reduzierung des zur Verfügung stehenden Wassers um 4,4 maf in hohem Maße signifikant ist und bei der Planung und Implementierung des Projektes im Tal berücksichtigt werden muß, einschließlich der kritischen Frage nach der Höhe des Dammes."

Dies bedeutet: Es gibt einfach nicht genug Wasser im Narmada, um die Ergebnisse zu erzielen, die SSP verspricht. Da, gemessen an der realen Wassermenge, Gujarat und Rajasthan entsprechend des Urteils des NWDT nur ein Anrecht auf 8 maf haben, gibt es kaum Grund, einen Damm zu bauen, der weitaus mehr Wasser stauen kann.

Die geringere Wassermenge wird sich auch auf andere Aspekte des Projektes



auswirken. Es wird nicht genug Wasser geben, um das geplante Bewässerungsnetz zu versorgen. Auch die Energieerzeugung wird geringer ausfallen. Die Auswirkungen dieser Faktoren auf die Kosten-Nutzen-Rechnung müssen noch untersucht werden.

Wie wird der Vorschlag der Untersuchungskommission für die Reduzierung der Dammhöhe wohl aussehen? Die Regierung von Madhya Pradesh hatte, freiwillig und ohne Berücksichtigung des auf 22,9 maf reduzierten Wasseraufkommens, angeboten, die Dammhöhe um 19 feet gegenüber den geplanten 455 feet (ca. 139 m) zu reduzieren. Gegenüber der jetzigen Untersuchung hat Madhya Pradesh eine Höhe von 384 feet (ca. 117 m) vorgeschlagen. Andere haben bereits für drastischere Reduzierungen plädiert, Maharashtra z.B. vertrat vor dem NWDT eine Höhe von 230 feet (ca. 70 m).

Ein weiterer Faktor und sicherlich schwerwiegender Faktor für die anstehende Untersuchung sind die Auswirkungen der Dammhöhe auf die Anzahl der Umsiedelnden. In diesem Punkt ist der Druck auf die Verantwortlichen erheblich gestiegen. Der Bericht der 'Ramchandra Singh Deo Kommission' der Parlaments-Abgeordneten von Madhya Pradesh forderte, daß "die Regierung von Madhya Pradesh den Bau des Sardar Sarovar Dammes stoppen solle". Umsiedlungen, so das Argument dieses Berichtes, seien "ein menschliches Problem von enormen Ausmaßen" und die Vertriebenen "leben unter schwierigsten Bedingungen und ihre Zukunft sei öde."

Während die Abgeordneten mit ihrem Bericht auch auf den wachsenden Unmut im Adivasi-Gürtel des Staates reagierten, wurden diese Ergebnisse auch von anderen bestätigt, die nicht unter einem solchen Druck standen. Eine Studie der Narmada Kontroll-Behörde vom September 1994, "Umsiedlung von Projekt-Betroffenen aus Madhya Pradesh nach Gujarat" beschreibt die unmenschlichen Bedingungen, unter denen die in Gujarat angesiedelten Zwangsvertriebenen leben. In Kukra haben die meisten der Umsiedelten ihre Landrechte noch immer nicht erhalten; andere erhielten versprengte Landstücke von geringem Wert. Unzureichende Drainage, Versumpfung, Feindseligkeiten und Beleidigungen von der lokalen Bevölkerung, eine miserable Versorgung mit Brennholz, Futter und Trinkwasser: Diese Bedingungen herrschten überall.

Verarmung ist sogar noch die am wenigsten gefährliche Konsequenz für die Umsiedelten. Während des Monsuns von 1994 waren die Umsiedlungsdörfer von einer Cholera-Epidemie betroffen. Ernten und Hausrat gingen verloren, und hunderte von Adivasi mußten in den

Krankenhäusern von Baroda und Vaghodia behandelt werden. Da es keine Gesundheitsversorgung in der Nähe gab, wurden die verarmten Familien auch finanziell schwer belastet. Acht Adivasi, darunter drei Kinder, starben Zeitungsberichten zufolge.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß diese Bedingungen schon bei den 700 der bisher umgesiedelten - von insgesamt 33.504 - Familien aus Madhya Pradesh auftreten, wird die Dringlichkeit deutlich. "Einen Staudamm zu bauen" sagte der Chefingenieur D.J. Baxi der 'Sardar Sarovar Narmada Nigam Limited' (SSNNL) gegenüber frontline "und Umsiedlung sind zwei verschiedene Dinge." Aber wie die Blechhütten entlang der Straße von Baroda bis zur Dammbaustelle in Kevadia Colony beweisen, ist diese Position unhaltbar. Während Gujarat wiederholt behauptet hat, seine Umsiedlungspakete seien "die besten, die es je gab" in Indien, sind die Partnerstaaten bei dieser Frage, wie auch bei anderen, mittlerweile verwirrt.

Gujarat besteht weiterhin darauf, daß es keine Probleme mit Umsiedlungen gebe, und die Zentralregierung bewahrt stoische Ruhe. Der endgültige Bericht der Untersuchungskommission wird jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit die Basis legen für die Forderung nach der Verknüpfung der Dammbauarbeiten mit dem Fortschritt der Umsiedlungen. Diese Forderung ist zudem legitimiert durch die ursprüngliche Anordnung des NWDT, daß Umsiedlungen mindestens ein Jahr vor Vertreibung abgeschlossen sein müssen. Dies erfordert allerdings einen unabhängigen Überwachungsmechanismus. Während das Oberste Gericht bisher keinen Baustop angeordnet hat - eine Forderung, die jetzt ohnehin überholt ist - hat es auch klar gemacht, daß es keinerlei Zwangsumsiedlungen tolerieren wird.

Der letzte Punkt für die Untersuchungskommission wird die Umweltverträglichkeit von SSP sein. Einige Beobachter glauben, daß die Kommissionsmitglieder bei diesem Punkt ihren ätzenden Kommentaren des ersten Berichts noch einiges hinzufügen können. Die Baugesellschaft SSNNL hat es aus Gründen, die nur sie allein versteht, nicht geschafft, die Umweltstudien fertigzustellen, von denen die Genehmigung für das Projekt 1987 abhängig gemacht wurde. Die Auswirkungen unterhalb des Staudamms, insbesondere auf die Fischerei, wurden laut Bericht "nicht angemessen untersucht". "Das wenigste was man tun kann," so der Bericht, "ist sicherzustellen, daß Studien und Aktionspläne rechtzeitig erstellt werden". "Da das Wasser bereits steigt", so die Schlußfolgerung, "ist es notwendig, sich mit diesen Fragen zu befassen, bevor es

zu spät ist."

Eine Partei, die daran ganz offensichtlich kein Interesse hat, ist die Regierung Gujarats. In der Stellungnahme für die Untersuchungskommission hat dieser Bundesstaat wenig Interesse gezeigt, sich positiv auf die Empfehlungen des Untersuchungsberichts einzulassen. Bezüglich der Umsiedlungen wird zum Beispiel die absurde Behauptung aufgestellt, "die Auswirkungen der Überschwemmung in Madhya Pradesh sind marginal". Gujarat, so wird behauptet, "hat sichergestellt, daß die Vertriebenen den Standort ihrer Umsiedlung auf der Basis ihrer ökonomischen, sozialen und kulturellen Neigungen auswählen ... und ihnen so ermöglicht, die Umsiedlung, mit nur sehr wenigen Unannehmlichkeiten, psychologisch zu akzeptieren." Auf welcher Basis diese Behauptung gemacht wird, während offizielle Dokumente das Gegenteil versichern, wird nicht angegeben.

Die Richter Verma, Bharucha und Paripoornan haben der Untersuchungskommission die einmalige Möglichkeit gegeben, den Schleier zu durchdringen, der über die Fakten des Sardar Sarovar Projektes gelegt wurde. In den kommenden Wochen wird das Ergebnis ihrer Beratungen hoffentlich eine verbürgte Tatsache sein. Sollten sie substantielle Reduktionen bei der Dammhöhe empfehlen, kann die 'Narmada Bachao Andolan' dieses Angebot vielleicht annehmen - mit der Auflage, daß es eine tatsächliche Verknüpfung mit den Umsiedlungen gibt. Bei aller Kritik zeigt die Auseinandersetzung vor dem Obersten Gericht zumindest, daß das Infragestellen der Entwicklungsprioritäten des Staates durch die Armen ernst genommen wird.

(aus: 'Frontline', Madras 10. März 1995, Übersetzung und Bearbeitung: Bruni Weißen)

Die Wahl
Sieg in
Gesamtni
'Shiv Ser
gesichts
Kommuni
Bihar, do
Juniorpar
durch die
Richtungs
kurze Ate
Arbeitsmi
Parlament
nanzminis
der Niede
jedoch In
1996 fällt
har Ende I

Die Wahl
chen Staaten
wohner), M
und Orissa
(rende Partei
vor den A
Sabha-Wahl
scher, sonst
ihrer Vorau
falsche Vorf
wie bei den
und Karnata
professionell
Faktoren und
desregierung
Andhra Prad
auf, ob Prer
vertretenen
Image des
gunst entsch
Indiens Wäh
schieblich, sc
tive (Gujarat
auch eine
Arunachal Pr
Die Machtl
schaftsgefüge
Wahlergebnis
und Orissa. A
Tests vor de
die BJP herv
zum ernsthaft
'Congress',
'Janata Dal' i